



Ihr BIOBETH-Team wünscht Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Im Oktober-Newsletter möchten wir in den „BIOBETH-News“ näher auf das Thema Energiemanagement, das ein Schwerpunkt unserer Veranstaltung „Regional und Regenerativ!“ am 15.11. in Jena sein wird, eingehen (S.5). Weiterhin können Sie sich über die aktuellen Entwicklungen bei Bürgergenossenschaft Neue Energie e.G. in Günthersleben-Wechmar (S.2) informieren und einen Kurzfilm zu der Dänemark-Exkursion der Bioenergieregion Jena-Saale-Holzland zur energetischen Nutzung von Stroh ansehen (S.4).

Für den Abschnitt „Thüringen aktuell“ haben wir für Sie Nachrichten zu den Erneuerbaren in Thüringen zusammengetragen, wie z. B. zur Fernwärme in Worbis (S.12), zu der Biogaskooperation in Meiningen (S.11) und zur Energiekommune Ilmtal (S.7). Neues von der Clearingstelle EEG – Bereich Biomasse finden Sie in der Rubrik „Gesetzgebung & Förderung (S.15).

Inhaltsverzeichnis

BIOBETH-News	Seite 02
Thüringen aktuell	Seite 07
Gesetzgebung & Förderung	Seite 15
Termine & Veranstaltungen	Seite 17
Literatur & Internet	Seite 18
Statistiken	Seite 24
Impressum	Seite 27

BIOBETH-NEWS

Neues von der Bürgergenossenschaft Neue Energie e.G. Günthersleben-Wechmar



Bereits im September wurden die Baugenehmigung und die Vereinbarung der Straßennutzung für das Biomassebasierte Wärmenetz erteilt.

Die erste Wärmeübergabestation ist seit Mitte Oktober in ein Haus der Firma Pflegedienst „Sonnenschein“ an der Burgenlandallee eingebaut worden. Die Firma lässt sowohl dieses Haus als auch das in der Seeburgstraße (Alte Schule) an das Nahwärmenetz anschließen.

Wie die Leiterin Susanne Wergin sagte, ist sie erwartungsfroh, dass im nächsten Jahr durch diese Station Wärme aus regenerativen Rohstoffen bei ihr ankommen soll. Etwas Stolz sei schon dabei, dass sie die Erste ist, gibt Wergin zu.

Die Bürgergenossenschaft wird Teile der Dörfer Günthersleben und Wechmar mit Wärme aus Holzhackschnitzeln und aus Abwärme einer Kraft-Wärme-Kopplungsanlage über ein Wärmenetz versorgen. Zunächst werden ca. 100 Hausübergabestationen installiert. Es werden in weiteren Ausbaustufen zusätzliche Haushalte angeschlossen werden. Weiterhin soll zukünftig eine 1000 Quadratmeter große Photovoltaik-Anlage Strom erzeugen.

Rückblick: Biomasserundfahrt 2011

Bei der diesjährigen Thüringer Biomasserundfahrt lag der Schwerpunkt auf der energetischen Nutzung von fester Biomasse. Bei sonnigem Herbstwetter standen zuerst die Versuchsflächen in der Bioenergieregion Thüringer Ackerebene (BERTA) auf dem Programm. Herr Fleischmann, der die Entwicklung der Bioenergieregion begleitet, zeigte in Großfahner Kurzumtriebsplantagen mit Pappeln oder Weiden. In Kooperation mit Forschungspartnern dienen die Plantagen aber nicht nur der Holzproduktion, sondern auch der Untersuchung wissenschaftlicher Fragen zum Wasser- und Nährstoffhaushaltes sowie



Wachstumsgeschwindigkeit unterschiedlicher Anbausysteme.



Großfahner - KUP

der Holzhackschnitzelkessel ein, der mit naturbelassenem Holz aus dem Stadtforst 830 kW



Sondershausen - Biomasseheizanlage

eine effiziente und umweltschonende Energiebereitstellung gerecht werden muss.

Zweite Station der Rundfahrt war das neue Technikzentrum der Stadtwerke Sondershausen. Der grundlegende Umbau der städtischen Wärmeversorgung, die über 2000 Fernwärmekunden versorgt, wurde in diesem Jahr mit der Errichtung des neuen Heizkraftwerkes abgeschlossen. Für die Grundlastversorgung des Fernwärmenetzes sorgt ein Erdgas-BHKW mit 2,4 MW thermischer Leistung, das fast das ganze Jahr über Wärme und Strom produziert. Bei steigender Wärmenachfrage springt dann der Holzackschnitzelkessel ein, der mit naturbelassenem Holz aus dem Stadtforst 830 kW leisten kann. Für Bedarfsspitzen stehen noch Öl- und Gaskessel in Reserve. Unterstützt wird die Heizanlage durch einen 180 m³ großen Pufferspeicher, der kurzzeitige Nachfrageschwankungen glättet, um so einen möglichst hohen Anteil des Bedarfs aus dem BHKW und dem Biomassekessel zu decken. Langfristig versprechen sich die Stadtwerke von der Modernisierung, stabile Preise für ihre Kunden und eine qualitativ hochwertige Fernwärmeversorgung sowie die weiter steigenden Anforderungen an

Dritte Station der Rundfahrt war Großjena bei Naumburg. Der örtliche Agrarbetrieb nutzt fast ausschließlich Baum- und Strauchschnitt aus der Umgebung um die Betriebsgebäude und mehrere umliegende Häuser mit Wärme zu versorgen.

„Das Material bekommen wir kostenlos auf den Hof; für gute Hackschnitzel ist vor allem eine Restfeuchte von höchstens 35 % und der richtige Hacker wichtig“ erläutert Herr Butzke dem interessierten Publikum. Viele der Anliefernden kommen regelmäßig und liefern dabei nur wenige Störstoffe mit. Vor dem Hacken lagert das Material einige Monate im Haufen und verliert deutlich an Feuchtigkeit. Da die 500 kW Anlage seit Jahren ohne größere Probleme läuft, wurde im letzten Jahr auch noch der als Ersatz vorgehaltene Ölkessel ausgemustert, der nur noch für den Schornsteinfeger in Betrieb genommen wurde. Seinen Platz hat jetzt ein kleinerer Holzhackschnitzelkessel eingenommen, der nun den Sommerbetrieb absichert oder einspringt, falls es doch einmal zu Störungen am großen Kessel kommen sollte.



Großjena - Landschaftspflegematerial

Die angeregten Diskussionen und die hohe Teilnehmerzahl von 45 Personen zeigten auch in diesem Jahr, dass nach wie vor großes Interesse am Thema Bioenergie besteht. Den ungekürzten Artikel finden Sie [hier](#) auf der Website der Regionalen Bioenergieberatung.

Quelle: Regionale Bioenergieberatung/ Martin Dotzauer (11.10.2011)

Exkursion nach Dänemark



Strohheizkraftwerk Maribo

Denis Peisker, Karen Schubert und Ulrike Nüßler nahmen vom 13.10. bis 16.10. 2011 an der Exkursion der Bioenergieregion Jena-Saale-Holzland nach Dänemark teil. Im Mittelpunkt stand die Besichtigung von Strohheizkraftwerken in Maribo-Saksköbing und Slagelse sowie die 100% EE-Insel Samsø.

Eine filmische Zusammenfassung der Strohexkursion finden Sie [hier](#)

Regional und Regenerativ!: Kommunales Energiemanagement

Stefan Bischof, Kommunale Immobilien Jena (KIJ), wird für „**Regional und Regenerativ!**“ am 15. November in Jena das Energiemanagement der Stadt Jena vorstellen.

Um Energieeinsparungspotenziale kontinuierlich zu erschließen sowie den Sanierungsbedarf der Liegenschaften zu ermitteln, baute die KIJ ihr Energiemanagement auf.



Das ausgeklügelte System trug dazu bei, dass von 2003 bis 2009 der Wasserverbrauch um 15 000 auf 71 510 Kubikmeter gesenkt und der Stromverbrauch trotz einer Erhöhung der Geräteausstattung fast konstant gehalten wurde (5479 auf 5726 Megawattstunden). Auch ging der Fernwärmeverbrauch im gleichen Zeitraum von rund 37 000 auf ca. 23 000 Megawattstunden zurück.

Am Beispiel der Schulen zeigt sich, wie die Maßnahmen des Energiemanagements und der Sanierung zu einer Kostenreduzierung beitragen: Denn trotz einer Preissteigerung um 60 Prozent von 2003 zu 2009 sanken hier die Verbräuche von Fernwärme um 40 Prozent, insgesamt konnte so eine Kostenreduzierung um 20 Prozent realisiert werden. (KIJ: [Energiebericht 2010](#)).

Wenn Sie mehr zum Energiemanagement der KIJ erfahren möchten, laden wir Sie herzlich zur Veranstaltung „**Regional und Regenerative!** Nachhaltige Energieversorgung auf kommunaler Ebene“ am **15. November** im Fair Resort **Jena** ein.

Das ausführliche Programm mit weiteren interessanten Themen, wie Finanzierungsmöglichkeiten kommunaler Energieprojekte und kommunale Klimaschutzkonzepte, finden Sie [hier](#)

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie auch auf das Praxisprojekt „Energiekosteneinsparung“ der Klimaschutzstiftung Jena-Thüringen aufmerksam machen, dass von der KIJ fachlich betreut wird.

Das Projekt richtet sich an Thüringer Kommunen mit dem Ziel der Erfassung und Bewertung von Energie- und Wasserverbräuchen einzelner Liegenschaften. Aus den Ergebnissen sollen dann organisatorische und gering-investive Maßnahmen zur Einsparung identifiziert werden. Auch bietet das Projekt Unterstützung bei der Umsetzung und eine abschließende Erfolgskontrolle an. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die [Klimastiftung Jena Thüringen](#).



Liste Umweltgutachter aktualisiert

Die Liste der nach dem NACE-Code (35.11.6) zugelassenen Umweltgutachter in Deutschland ist aktualisiert worden und steht ab sofort im [BIOBETH-Download-Bereich](#) zur Verfügung.

Im Bereich Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energien sind insgesamt 113 Umweltgutachter (Stand 24.10.2011) gelistet und dürfen somit Umweltgutachten nach EEG erstellen.

Für folgende Bereiche ist ein Umweltgutachten erforderlich und ist bei erstmaliger Inanspruchnahme und danach jährlich bis zum 28. Februar eines Jahres jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr nachzuweisen:

EEG 2009

- Gülle-Bonus (Anlage 2 VI. 2. b)
- KWK-Bonus (Anlage 3 II.)
- Landschaftspflege-Bonus (Anlage 2 VI. 2. c)
- Einsatz rein pflanzlicher Nebenprodukte (Anlage 2 I. 3.)

EEG 2012

- Einsatzstoffvergütungsklassen (§ 27 Abs. 2)
- Erfüllung der Mindestwärmenutzung (§ 27 Abs. 4 Nr. 1)
- bei Biogasanlagen den Mindestmasseanteil an Gülle (§ 27 Abs. 4 Nr. 2)

Kopie Einsatzstoff-Tagebuch

- bei Biogasanlagen Einsatz von maximal 60 Masseprozent Mais (Ganzpflanze) und Getreidekorn einschließlich Corn-Cob-Mix und Körnermais sowie Lieschkolbenschrot (§ 27 Abs. 5 Nr. 1)
- bei Biomethananlagen, dass der Strom in KWK erzeugt wird (§ 27 Abs. 5 Nr. 2)
- bei Anlagen, die flüssige Biomasse einsetzen, nur für den Stromanteil aus flüssiger Biomasse, die zur Anfahr-, Zünd- und Stützfeuerung notwendig ist (§ 27 Abs. 5 Nr. 3)

In Thüringen sind derzeit zwei Umweltgutachter ansässig (Niederdorla und Meiningen).

Für weitere Informationen steht BIOBETH Ihnen gerne zur Verfügung!

THÜRINGEN AKTUELL

Gemeinde Ilmtal als Energiekommune ausgezeichnet



Die Gemeinde Ilmtal (Ilm-Kreis) ist für ihre klimafreundliche Energieversorgung als Energiekommune des Monats ausgezeichnet worden. In der aus 21 Ortsteilen bestehenden Gemeinde würden 83 Prozent des Strombedarfs aus regenerativen Energien gedeckt, teilte die Berliner Agentur für Erneuerbare Energien am 30.09.2011 mit.

BGA Hammersfeld / Ilmtal

Damit könnten 1620 Haushalte versorgt werden. Der Gemeindeverbund hat rund 4000 Einwohner. Der Wärmebedarf wird den Angaben zufolge zur Hälfte mit erneuerbaren Energien gedeckt, überwiegend auf Basis von Holz und Biogas.

Weitere Informationen zum Energiekommune Ilmtal finden Sie [hier](#)

Quelle: AEE (09/2011)

Ungarisch-Thüringisches Bioenergiesymposium

Wie Thüringen wollen auch viele europäische Länder den Anteil regenerativer Energien am Verbrauch erhöhen. Bei der Suche nach einem tragfähigen Energiekonzept für die Zukunft kann Austausch nur befruchten. Auf dem Ungarisch-Thüringischen Bioenergiesymposium in der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft diskutieren deshalb heute rund 50 Fachleute aus beiden Ländern über aktuelle Entwicklungen in der Biomasseforschung und im Energiepflanzenanbau.

Bioenergie liefert derzeit den Großteil erneuerbarer Energie in Thüringen. 2008 waren es 86 Prozent. Bioenergie hat eine Reihe von Vorteilen: Sie lässt sich vielfältig einsetzen für die

Produktion von Strom, Wärme oder Kraftstoff. Sie lässt sich speichern und je nach Bedarf nutzen. Sie lässt sich kostengünstig und flächendeckend erzeugen. Außerdem schafft sie Arbeit im ländlichen Raum.

Die Thüringer Landesregierung möchte bis 2020 den Anteil regenerativer Energien am Endenergieverbrauch auf 30 Prozent steigern, bei der Stromproduktion sogar auf 45 Prozent. Obwohl diese Ziele auch durch den Ausbau anderer erneuerbarer Energien wie Windkraft und Photovoltaik erreicht werden sollen, steckt noch manches Potenzial in der Bioenergie. So ließe sich in Thüringen die Anbaufläche von Energiepflanzen noch weiter ausdehnen, ohne die Versorgung mit Nahrungsmittel zu gefährden. Außerdem denkt die Forschung über effizientere Biogasanlagen und eine thermische Nutzung von Stroh nach.

Die Thüringer Verhältnisse der Bioenergieproduktion sind in Ungarn noch Zukunftsmusik: Dort sind gegenwärtig zwölf Biogasanlagen in Betrieb, 40 Anlagen befinden sich in der Planung oder noch im Bau. Die Planungen der ungarischen Energiepolitik sehen 32 Megawatt Leistung aus Biogas bis zum Jahr 2020 vor. Biogas würde in Ungarn dann mit etwa fünf Prozent zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien beitragen. Ähnlich wie Deutschland fördert Ungarn die Biomasseproduktion für energetische Zwecke und zahlt eine Einspeisevergütung für Strom aus erneuerbaren Energien.

Quelle: TMLFUN (25.10.2011)

Milchviehstall samt Biogasanlage in Tonndorf eingeweiht

Agrargenossenschaft Bad Berka feierte am 7. Oktober ihren neuen Milchviehstall samt Biogasanlage in Tonndorf. Insgesamt 252 Rinder finden unter dem neuen Dach mehr Aktionsraum und besseres Klima.

Komfort sollen die bis zu 252 Milchkühe genießen, die künftig in dem hochmodernen Stall gehalten werden. Die Tiere haben aufgrund des vorhandenen Platzes bessere Liegebedingungen. Auch ihre Aktionsräume sind größer, da sich die Rinder frei im Stall bewegen können. Die Halle bietet mehr Luftvolumen, was das Innenklima verbessert. Überdies können die Kühe selbst entscheiden, wann sie fressen oder zum Melken zu einem der vier vorhandenen Melk-Roboter gehen. Die Schieber-Entmistung fördert die Klauen-Gesundheit der Tiere. Und schließlich ist im Stall eine elektrische Fell-Bürste installiert, die die Milchrinder selbst auslösen.



Mit dem Votum für den neuen Stall entschied sich die Agrargenossenschaft zudem dafür, in direkter Nachbarschaft eine Biogasanlage zu errichten. Dadurch sei die Investition wirtschaftlicher geworden. Immerhin flossen rund drei Millionen Euro in das Bauvorhaben. Der Freistaat förderte die Milchviehanlage mit 40 Prozent, zehn Prozent Zuschuss gewährte er für die Biogasanlage. Zur Finanzierung fand die Agrargenossenschaft Bad Berka Partner in der DKB und der Thüringer Aufbaubank.

Noch in diesem Monat soll die neue Milchviehanlage in Betrieb gehen. Auch der Probebetrieb der Biogasanlage starte in Kürze. Voraussichtlich am 17. Oktober wird die Eon den Anschluss ans Netz herstellen. Im Laufe des verbleibenden Jahres soll die Anlage dann auch im Normalbetrieb laufen.

Den ungekürzten Artikel finden Sie [hier](#)

Quelle: TA (08.10.2011)

Bioenergieregion BERTA: Entwicklung Konzepte für optimale Holzernte



Wissenschaftler der Universität Göttingen entwickeln in Thüringen Konzepte für die optimale Ernte in Holzplantagen. Mit ersten Ergebnissen wird im kommenden Frühjahr gerechnet.

Mehrfach pro Woche macht sich Thomas Stulier auf zur rund 1000 Hektar großen Versuchsflächen in Sichtweite von Großfahner im Landkreis Gotha. Dann vermisst er die Stämme der dreijährigen Weiden, zählt das Laub in den Trichtern und misst den Wasserstand in den Eimern unter den Rinnen - alles im Auftrag der Wissenschaft. Ist Stulier hier fertig, geht er zu den Pappeln.

Rund vier Meter hoch und ähnlich dicht stehen sie hier. In der Schonung wiederholen sich die Arbeitsabläufe. Nur dass hier die Versuchsanordnung noch ein wenig weiter gefasst ist. Teile der Stämme sind mit Silberpapier umwickelt. Hier wird gemessen, wie viel Feuchtigkeit die Stämme abgeben. Die Ergebnisse gehen per E-Mail an Lorenz Konrad vom Johann-Heinrich-von Thünen-Institut.

Der junge Wissenschaftler des Instituts für Waldökologie und Waldinventuren will sich mit der Zeit aus den Daten und Werten ein Bild davon machen, wann und wie viel Wasser in die Plantage eingeleitet werden muss, damit die Holzernte für den Landwirt möglichst reichhaltig ausfällt. Auch soll untersucht werden, ob durch die Bewässerung mit vorgeklärtem Abwasser die Produktion von Energieholz verbessert werden kann.

Das Forschungsvorhaben ist Teil des Förderprogramms "Best - Bioenergie Regionen stärken" und widmet sich diesen Fragen an mehreren Standorten deutschlandweit. Über den Vergleich der Daten aus mehreren, hinsichtlich von Bodenbeschaffenheit, Klima oder Grundwasserspiegel unterschiedlicher Energiewälder hoffen die Wissenschaftler zu allgemeingültigen Aussagen zu kommen, wie Holzerträge zu erhöhen sind.

Den ungekürzten Artikel finden Sie [hier](#)

Quelle: TA (22.10.2011)

Sachstandsanalyse Energiemais

Die Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft (TLL) hat im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) eine "Sachstandsanalyse Energiemais" erarbeitet. Die Studie "Energiemaisanbau - Auswertung agrarstatistischer Daten und Studien, Einordnung und Bewertung der Wirkungen des Energiepflanzenanbaus auf die Agrarflächennutzung" leistet einen Beitrag zur Versachlichung der öffentlichen "Mais-" und insbesondere der "Energiemaisdiskussion".

Die TLL hat in der vorliegenden Analyse den (Energie-) Mais als landwirtschaftliche Kulturpflanze sowie deren Verwertung und Anbauflächenentwicklung, genauso wie die Einflüsse die zu Veränderungen von Anbauverhältnissen von Kulturpflanzen führen, fundiert untersucht und bewertet. So sind in der Sachstandsanalyse zunächst die anbaurelevanten Daten und statistischen Erhebungen ausgewertet worden. Anschließend hat die TLL die öffentlich meist negativ plakatierten Wirkungen des Maisanbaus auf Natur, Umwelt und Landschaft analysiert und mit Hilfe wissenschaftlicher und praktischer Erfahrungen eingeordnet. Des Weiteren wurde das EEG als ein "Wirkungsmechanismus" zur Flächenausdehnung und Konzentration des Maisanbaus be-



leuchtet. Im Fazit werden Handlungsempfehlungen zum optimierten und umweltverträglichen Maisanbau und -einsatz zur Biogasproduktion gegeben. Die Sachstandsanalyse können Sie [hier](#) einsehen.

Quelle: BMU (05/2011)

Biogaskooperation in Meiningen im letzten Bauabschnitt

In Rippershausen bei Meiningen entsteht im Gewerbegebiet derzeit eine Gemeinschaftsbiogasanlage. Die neu gegründete Betreiber-GmbH wird je zur Hälfte von der örtlichen Agrargesellschaft und den Stadtwerken getragen. Dank des ausgeklügelten Versorgungskonzepts des Landwirtschaftsbetriebes, wird trotz der Größe von 1,2 MW ein ausgewogener Substratmix aus Gülle, Mist und Gras zusammen mit Mais- und Ganzpflanzensilage in die Anlage gefahren. So können in der ackerarmen Region Anbauflächen geschont und vorhandene Rohstoffe sinnvoll genutzt werden.

Fermenter, Fahrsilos und Gebäude befinden sich kurz vor der Fertigstellung, dem geplanten Starttermin für die Energieproduktion Ende November steht damit nichts mehr im Wege. Vor Ort wird ein BHKW (366 kW) Strom erzeugen und die Fermenter mit Wärme versorgen. Der Hauptteil des erzeugten Gases wird aber über ein Mikrogasnetz nach Meiningen geführt. Dort wird das feinentschwefelte und getrocknete Gas in zwei Satelliten-BHKWs verstromt und die mitproduzierte Wärme ins örtliche Fernwärmenetz eingespeist. Damit die beiden BHKWs die Grundlast des Fernwärmenetzes abdecken, können sie auch im Sommer ihre Wärme in vollem Umfang in das Netz einspeisen und garantieren so eine fast 100 Prozent Ausnutzung des eingesetzten Biogases.

Für zukünftige Biogasanlagen könnte das Projekt Vorbildwirkung entfalten, da sich so, entsprechend dem neuen EEG, sehr hohe Wärmenutzungsgrade erzielen lassen. Dass die Zusammenarbeit auch langfristig beiden Partnern von Vorteil ist, zeigt sich an einem ähnlichen Beispiel in Jena, wo schon seit 2006 die Stadtwerke mit einem örtlichen Landwirtschaftsbetrieb erfolgreich eine Biogasanlage betreiben, die ebenfalls die gesamte überschüssige Abwärme ins Fernwärmenetz einspeisen.

Quelle: Regionale Bioenergieberatung – Martin Dotzauer (22.09.2011)



Fernwärme wird in Worbis jetzt durch Verbrennung von Holz erzeugt

Pünktlich zur offiziellen Inbetriebnahme des neuen Heizwerkes wurde es kalt und regnerisch in Worbis. Anders als beim Probetrieb im September, als es draußen einfach zu warm war, könne die Anlage jetzt zeigen, wie gut sie funktioniere, freute sich Bürgermeister Gerd Reinhardt.

Er begrüßte die Planer des Biomasse-Heizkraftwerkes, die Firmen, die für die reibungslose Umsetzung des 1,5 Millionen Euro teuren Vorhabens gesorgt haben, und die Geschäftsführungen der Wohnungsgesellschaften stellvertretend für die Nutzer, die eine wirtschaftliche Betreuung erst möglich machten. Der Energieträger für die Fernwärmeversorgung in Worbis sei jetzt der gleiche, den man in Leinefelde schon seit Anfang der 1990er Jahre nutze, nämlich Holzhackschnitzel, betonte der Bürgermeister. Ziel sei, von den hohen Rohstoffkosten herunterzukommen.

Bisher wurde in Worbis mit Erdgas und Erdöl geheizt, die Preise haben sich dafür in den vergangenen 15 Jahren nahezu verdreifacht. Zwar sei auch Holz nicht mehr so billig zu haben, räumte Reinhardt ein, aber der Preisunterschied rechtfertige die hohe Investition. Und mit dem Einsatz des gleichen regenerativen Rohstoffes sei es möglich, die Fernwärmepreise innerhalb der Stadt anzugleichen und die wirtschaftliche Betätigung der Kommune weiter zu konzentrieren. Denn bis 2015, wenn der Betreibervertrag für das Heizwerk in Leinefelde ausläuft, will die Stadt die Versorgung mit Fernwärme auch dort mit einem Eigenbetrieb selbst in die Hand nehmen.

Helmut Biebeler, Geschäftsführer der Worbiser Wärmeversorgung, führte die Gäste durch das umgebaute Heizhaus und erklärte die Technik. 1991 sei das alte Heizwerk in der Wipperstadt in Betrieb genommen worden, die drei Erdgaskessel hatten eine Leistung von jeweils 4300 Kilowatt. Drei Jahre später wurde einer der Kessel auf Heizöl umgerüstet, 1996/97 ein Blockheizkraftwerk gebaut, das aber im Jahr 2009 vom Netz genommen werden musste.

Quelle: TA (19.10.2011)



Trianel GmbH plant Wasserspeicherkraftwerk an der Talsperre Schmalwasser

Das Stadtwerke-Netzwerk Trianel GmbH mit Sitz in Aachen plant in Kooperation mit der Thüringer Fernwasserversorgung die Errichtung eines Wasserspeicherkraftwerks an der Talsperre Schmalwasser im Kreis Gotha.

Nach ersten Untersuchungen kann bei Nutzung der bestehenden Talsperre als Unterbecken und der Errichtung eines über fünf Millionen Kubikmeter fassenden Oberbeckens ein Kraftwerk mit einer Leistung von mindestens 400 Megawatt entstehen – ausreichend, um mehr als eine halbe Million Haushalte sechs Stunden lang mit Strom zu versorgen. Beide Becken sollen mit einem unterirdischen Stollensystem verbunden werden, in dem Pumpwerk und Turbinen untergebracht sind. Die Höhendifferenz zwischen Unter- und Oberbecken beträgt je nach Oberbeckenstandort zwischen 200 und 300 Metern. Die Investitionen zum Bau dieses Kraftwerks werden mit mehr als 500 Millionen Euro veranschlagt.

In den Ratssitzungen in Tambach-Dietharz und Gräfenhain war das Investitionsvorhaben an der Schmalwasser-Talsperre am gestrigen Abend den Kommunalpolitikern vorgestellt worden und auf positive Resonanz gestoßen. „Der Umbau der Energieversorgung beginnt vor Ort“, sagte die Bürgermeisterin von Gräfenhain, Ingrid Möller. Die Pläne von Trianel seien auch angesichts der zu erwartenden Steuereinnahmen in der Region willkommen. Der Bürgermeister von Tambach-Dietharz, Harald Wrona, wies darauf hin, dass die Schmalwassertalsperre seit Jahren weitgehend ohne Funktion sei: „Angesichts der Tatsache, dass hier Anfang der 90er Jahre rund 1,5 Milliarden DM verbaut worden sind, ist es sehr zu begrüßen, dass die Talsperre nunmehr einer neuen Nutzung zugeführt werden soll.“ Der Rat der Stadt Ohrdruf, in deren Gebiet einer von drei möglichen Oberbeckenstandorten liegt, wird sich am 3. November mit der Großinvestition befassen.

Die ausführliche Pressemitteilung finden Sie [hier](#) auf der Website des TMWAT.

Quelle: TMWAT (20.10.2011)

Investitionsboom bei Solaranlagen beschleunigt Energiewende

Das „1000-Dächer-Programm Photovoltaik“, das sich direkt an die Kommunen richtet, ist ein Erfolg: Von den Kommunen im Freistaat wird es stark angenommen. Drei Bürgermeister (darunter der Oberbürgermeister der Stadt Weimar, Stefan Wolf) und eine Landrätin stellten am 17.10.2011 auf Einladung des Thüringer Wirtschaftsministers Matthias Machnig ihre Pro-



jekte vor. „Das Programm hat einen Investitionsboom im Bereich der Solarenergie ausgelöst“, sagte Matthias Machnig heute in Erfurt. „Damit leistet es einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende in Thüringen.“ 130 neue PV-Anlagen mit einer Leistung von rund 4500 KWp sind seit Juli 2010 mit rund 3 Millionen Euro gefördert worden. Damit konnte ein Investitionsvolumen von gut 21,2 Millionen Euro ausgelöst werden. Aufgrund der großen Nachfrage sind die Mittel für das 1.000-Dächer-Programm in diesem Jahr um zusätzlich eine Million Euro aufgestockt worden.

Das 1000-Dächer-Programm richtet sich direkt an Kommunen und kommunale Unternehmen und füllt damit eine Lücke, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht bedient. Allein seit 1. Januar 2011 sind im Rahmen des Programms 75 Solaranlagen mit rund 1,6 Millionen Euro gefördert worden. „Mit einem Euro Förderung stoßen wir sieben Euro Investitionen an“, sagte Machnig. Da bis 2013 insgesamt 7,5 Millionen Euro Förderung zur Verfügung stehen, könnten über die gesamte Laufzeit des Programms mehr als 49 Millionen Euro Investitionen in den Solarstandort Thüringen ausgelöst werden. Außerdem erhalten Kommunen über das 1000-Dächer-Programm die Chance, in erneuerbare Energien zu investieren und damit ihre Einnahmen zu verbessern. „Das 1.000-Dächer-Programm ist ein Erfolgsprodukt, das den grünen Motor Thüringen beschleunigt“, sagte Machnig. „Viel besser kann Wirtschaftsförderung nicht eingesetzt werden.“

Derzeit liegen bereits weitere 70 Förderanträge für das 1.000-Dächer-Programm vor, mit denen bei einer Förderung in Höhe von rund 2 Millionen Euro rund 10,3 Millionen Euro an kommunalen Investitionen für Solaranlagen verbunden sind. Jeden Monat kommen durchschnittlich sieben weitere Anträge hinzu. „Das ist Geld, von dem nicht zuletzt Wirtschaft und Handwerk erheblich profitieren werden“, sagte der Minister.“

Die ungekürzte Pressemitteilung können Sie [hier](#) auf der Website des TMWAT nachlesen

Quelle: TMWAT (17.10.2011)

GESETZGEBUNG & FÖRDERUNG

Schaltjahr 2012 und Auswirkung auf die Vergütungen nach dem EEG

Ein Jahr hat die Länge von 365 Tagen, 5 Stunden, 48 Minuten und 47 Sekunden. Da dies etwas unpraktisch ist, hat man dem normalen Jahr eine Länge von 365 Tage gegeben, dem Schaltjahr 366 Tage. Hinzu kommt bei Schaltjahren der 29. Februar, den es in einem normalen Jahr nicht gibt. Ein Schaltjahr ist alle 4 Jahre, jedoch alle 100 Jahre nicht, dann aber alle 400 Jahre doch.

Dies betrifft u.a. die Vergütungen nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz (EEG). Der Berechnung der Bemessungsleistung werden anstatt der üblichen 8.760 Stunden in 2012 nun 8.784 Stunden zu Grunde gelegt.

Clearingstelle EEG: Neues im Bereich Biomasse

Der ausführliche Tagungsbericht zum 9. Fachgespräch der Clearingstelle EEG vom 9. September 2011 zum EEG 2012 finden Sie unter <http://www.clearingstelle-eeg.de/fachgespraeche/9>

Am 15. November 2011 findet das 10. Fachgespräch der Clearingstelle EEG zum Thema "Biomasse im EEG 2012" statt. Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldungen unter <http://www.clearingstelle-eeg.de/fachgespraeche/10>

Die Empfehlung 2011/1 zum richtigen Netzverknüpfungspunkt nach § 5 Abs. 1 EEG 2009 wurde veröffentlicht. In diesem Empfehlungsverfahren wurde die Frage beantwortet, welcher der richtige Netzverknüpfungspunkt gemäß § 5 Abs. 1 EEG 2009 ist, in welchem Verhältnis § 5 Abs. 1, § 5 Abs. 2 und Abs. 3 EEG 2009 zueinander stehen und ob der Netzbetreiber auch bei einem Anschluss von Anlagen mit einer Leistung von insgesamt bis zu 30 Kilowatt nach § 5 Abs. 1 Satz 2 EEG 2009 die wirtschaftliche Unzumutbarkeit der Kapazitätserweiterung gemäß § 9 Abs. 3 EEG 2009 geltend machen kann. Sie können die Empfehlung sowie die sonstigen verfahrensrelevanten Dokumente unter <http://www.clearingstelle-eeg.de/empfv/2011/1> herunterladen.



Quelle: Clearingstelle EEG

EEG-Umlage bleibt bei kräftigem Ausbau stabil

Die Erneuerbaren Energien konnten im ersten Halbjahr 2011 ihren Anteil am Stromverbrauch von 17% auf über 20% steigern. Dennoch bleibt die EEG-Umlage 2012 stabil. „Mit der Energiewende wird der Umstieg unserer Energieversorgung auf die Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt. Die stabile Entwicklung der EEG-Umlage zeigt, dass unser Ziel einer weiteren Steigerung auf mindestens 35 Prozent bis 2020 machbar ist und dass die Maßnahmen zur Kostenbegrenzung Wirkung zeigen“, erklärte Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen anlässlich der Bekanntgabe der EEG-Umlage für das kommende Jahr. Nach Angaben der vier Übertragungsnetzbetreiber wird sich die EEG-Umlage für 2012 mit 3,59 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh) gegenüber dem heutigen Wert von 3,53 ct/kWh kaum verändern. Für einen durchschnittlichen 4-Personen-Haushalt bei einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden pro Jahr bedeutet dies lediglich Mehrkosten von weniger als 18 Cent pro Monat!

Der Bundesumweltminister hob hervor, dass die Umlage erstmals eine Liquiditätsreserve für die Übertragungsnetzbetreiber enthalte. „Ohne diesen Sonderposten läge die Umlage 2012 sogar unter dem derzeitigen Niveau von 3,53 Cent pro Kilowattstunde“, so Röttgen.

Die neu geschaffene Reserve soll verhindern, dass die Auszahlung der EEG-Vergütungen zu Liquiditätsengpässen bei den Übertragungsnetzbetreibern führt.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass dies auch die Mehrheit der Bevölkerung so sieht und entsprechend bewertet. Erst vor wenigen Wochen hat eine repräsentative Befragung von TNS Infratest im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien ergeben, dass fast 80% aller Befragten eine EEG-Umlage von 3,5 Cent pro Kilowattstunde zur Förderung der Erneuerbaren Energien für angemessen, teilweise sogar für zu niedrig halten.

Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien wird einschließlich der Kostenentwicklung im Rahmen eines Monitoring-Prozesses regelmäßig beobachtet und bewertet.

Die ungekürzte Pressemitteilung können Sie [hier](#) auf der Website des BMU nachlesen.

Quelle: BMU (14.10.2011)

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Informationen über aktuelle Veranstaltungen finden Sie unter:

<http://www.biobeth.de/news/termine-veranstaltungen.html>

Auf unserer Homepage unter der Rubrik „Termine & Veranstaltungen“ stellen wir für Sie ständig aktuelle Termine ein. Schauen Sie regelmäßig vorbei und informieren sich!

LITERATUR & INTERNET

Kongressteilnehmer fordern klares Leitbild für Vollversorgung Deutschlands mit Erneuerbaren

Kassel, 28. September 2011 – Am Tag Zwei des 3. Kongresses „100% Erneuerbare-Energie-Regionen“ geht ein klares Signal von Kassel aus. Die Teilnehmer sprechen sich in einer Umfrage für klare Prioritäten in der Politik mit Blick auf die zukünftige Energieversorgung aus. 83 Prozent der Befragten aus Kommunen, Wirtschaft und Wissenschaft wünschen sich eine eindeutige Zielvorgabe des Bundes und der Länder für eine Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien – und dies nicht nur in der Stromversorgung.

Für die Teilnehmer des Kongresses ist das EEG der wesentliche Treiber auf dem Weg ins regenerative Zeitalter: 73 Prozent sehen darin den größten Erfolgsfaktor der dezentralen Energiewende. Andere rechtliche Rahmenbedingungen, etwa die Regionalplanung, scheinen hingegen vielerorts noch den Ausbau zu bremsen: 69 Prozent der Befragten sehen hierin das größte Hemmnis für den Erfolg einer dezentralen Energiewende. „Eine Dynamik, wie sie das EEG im Strombereich ausgelöst hat, wünschen sich die kommunalen Akteure auch in den Bereichen Wärme und Verkehr“, so Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE).

Das Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien (deENet), das mit der AEE den Kongress in Kassel veranstaltet, hat ein Bekenntnis in der gestern vorgestellten Charta formuliert. Durch die Unterzeichnung der sieben Punkte umfassenden Charta kann jeder Bürger das gemeinsame Ziel einer Vollversorgung aus regenerativen Energien zum Ausdruck bringen. „Damit geht ein klares Signal an die Bundespolitik, sich stärker für den dezentralen Charakter der Energiewende einzusetzen“, erklärt deENet-Geschäftsführer Dr.-Ing. Martin Hoppe-Kilpper.

In den Foren und Diskussionen wurde auch die Rolle der Landkreise deutlich. „Das Ziel der hundertprozentigen Versorgung mit Erneuerbaren Energien ist, gerade auch für die großen Städte, nur mit den Möglichkeiten und Potenzialen der Landkreise zu schaffen“, so Robert Fischbach, Präsident des Hessischen Landkreistages. Und Philipp Vohrer betont: „Der Kongress hat die Bedeutung der Kommunen als Motor der dezentralen Energiewende eindrucksvoll bestätigt.“

Quelle: AEE (28.10.2011)



Wenn Wetterprognosen die Heizung steuern

In Gebäuden arbeitet konventionelle Regelungstechnik zumeist mit fest eingestellten Zeiten und Heizkennlinien in Kopplung mit einem Außentemperaturfühler.

Ihr Nachteil: Bei Wetterwechseln muss die Raumtemperatur oft von Hand nachjustiert werden, was die Energiekosten eher in die Höhe treibt.

Das BINE-Projektinfo „Wenn Wetterprognosen die Heizung steuern“ zeigt eine Heizungssteuerung auf Basis lokaler Wettervorhersagen, die derzeit in drei Verwaltungsgebäuden des Landes Nordrhein-Westfalen erprobt wird. Damit lassen sich Wärme und Kühlenergie exakt an den tatsächlichen Bedarf anpassen und bis zu 30% Heizwärme einsparen.

Weitere Informationen zum Projekt finden [hier](#) auf der Website des BINE-Informationssdienstes.

Quelle: BINE (10/2011)

"Schlichtungsstelle Energie" für Verbraucher gegründet

Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner und Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler geben den Startschuss für die neue "Schlichtungsstelle Energie".

"Die Einbeziehung der Verbraucherinteressen in die Struktur der Schlichtungsstelle sowie die Neutralität und Unabhängigkeit der Schlichtungsstelle sind gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit", so die Minister am 25.10.2011 in Berlin. Der Verein wird getragen vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und dem Bundesverband neuer Energieanbieter (bne).

Die Schlichtungsstelle Energie wird am 1. November 2011 ihre Arbeit aufnehmen und in Streitfällen zwischen Verbrauchern und Energieversorgungsunternehmen vermitteln. Das Verfahren ist für die Verbraucher unkompliziert und kostenfrei.

Nach dem erfolglosen Versuch einer Einigung mit dem Energieversorger kann der Verbraucher sich unmittelbar an die Schlichtungsstelle wenden.

Die ungekürzte Pressemitteilung und weitere Infos zur Schlichtungsstelle finden Sie [hier](#)

Quelle: BMWI (25.10.2011)



News 25 - Bioenergie-Regionen aktuell 3/2011

Neuigkeiten aus den Bioenergie-Regionen:

News 25 informiert alle drei Monate über Neuigkeiten aus den 25 Bioenergie-Regionen Deutschlands. Nachrichten aus der Geschäftsstelle und der Begleitforschung, Links, Tipps sowie ein Kalender runden den Newsletter ab.

Den aktuellen Newsletter können Sie [hier](#) herunterladen.

Quelle: FNR (10/2011)

Wie viel Humus wird dem Boden durch Biogas-Gärreste zugeführt?

Das Institut für Agrar- und Stadtökologische Projekte (IASP) an der Humboldt-Universität zu Berlin führt bis 2014 umfangreiche Versuche zur Frage durch, wie viel Humus durch die Düngung mit Biogas-Gärresten in den Boden zurück geführt wird. Die Ergebnisse sollen in die weitere Optimierung der gängigen Humusbilanzmethoden einfließen und der Praxis zur Verfügung gestellt werden.

Die gesetzlichen Anforderungen an den Boden-, Klima- und Gewässerschutz steigen. Eine ausgeglichene Humusbilanz ist für diese Schutzgüter sowie allgemein für die Erhaltung der Ertragsfähigkeit der Böden von großer Bedeutung. Bei hohen Energiepflanzenanteilen und einer Ganzpflanzenverwertung ist diese in der Regel nur über die Düngung mit organischen Reststoffen möglich, die im Biogasbereich überwiegend auf Basis von Gärrückständen erfolgt. Auf ca. 60 Millionen Tonnen jährlich wird der Gärrestanfall der rund 6.800 Biogasanlagen Deutschlands aktuell geschätzt. Wie gut die Humusreproduktionsleistung unterschiedlicher Gärrestqualitäten tatsächlich ausfällt, ist noch mit einigen Unsicherheiten verbunden. Derzeit erfolgt die Bilanzierung in der landwirtschaftlichen Praxis über vereinfachte Modellierungs-Rechnungen. Für die weitere Verbesserung der Modelle werden systematische pflanzenbauliche Untersuchungen benötigt.

Mit dem jetzt startenden Projekt des IASP wollen die Forscher hierzu einen Beitrag leisten. Mit Hilfe von Bebrütungsversuchen im Labor, Abbauversuchen im Gewächshaus und Freilandversuchen wird die Humusreproduktion genau erfasst. Dabei kommen in erster Linie Gärprodukte aus NaWaRo-Anlagen auf den Prüfstand, außerdem steht der Einfluss des Faktors Gärrestqualität, etwa in Form verschiedener Ausgangssubstrate, im Fokus. In anderen auch durch das BMELV geförderten Projekten wird parallel die Auswirkung unterschiedlicher Standort- und Bodenqualitäten untersucht.



Am Ende des Vorhabens soll auf Basis der erhobenen Daten ein Berechnungsmodell entwickelt werden, um Humuswirkung, Kohlenstoff-Umsatz und Stabilität der mit den Gärresten ausgebrachten organischen Substanz zu erheben. Das Modell kann gängige Humusbilanzmethoden wie VDLUFA oder REPRO ergänzen. Die Wissenschaftler wollen zudem Anwendungsempfehlungen zur Düngung mit Gärresten für die Praxis veröffentlichen.

Weitere Informationen zum Projekt können Sie [hier](#) unter www.fnr.de nachlesen.

Quelle: FNR (17.10.2011)

Seit 27. September lebt die Welt auf Pump

2011 fällt der „Global Overshoot Day“ auf den 27. September. Dieser Tag kennzeichnet symbolisch jenen Zeitpunkt, an dem die Menschheit die Menge an nachwachsenden Rohstoffen für ein Jahr verbraucht hat. Dazu berechnet das Global Footprint Network, USA, Kalifornien, jedes Jahr den Ökologischen Fußabdruck der Menschheit. Das Konzept des „Earth Overshoot Day“ wurde von der englischen NGO NEF (New Economic Foundation) entwickelt.

Für die Berechnung des Datums werden nach Informationen von WWF zwei Faktoren miteinander verglichen. Die auf der Erde verfügbare Biokapazität steht auf der einen Seite – sie ist gewissermaßen das „Einkommen“ aus natürlichen erneuerbaren Ressourcen. Die Biokapazität ergibt sich aus der Flächengröße eines Landes und dessen Produktivität. Wichtig ist dabei die Menge an Wäldern, Acker- und Weideland sowie Fischgründen. Hohe Ernteerträge erhöhen auch die Biokapazität. Demgegenüber, auf der Ausgabeseite steht der ökologische Fußabdruck (der sogenannte Footprint, gemessen in globalen Hektar pro Kopf). Er entspricht dem Bedarf an natürlichen Ressourcen, die wir für unseren Lebensstil benötigen. Darunter fallen beispielsweise die Produktion von Nahrung und Gütern sowie der Ausgleich der CO₂-Emissionen.

Der „German Overshoot Day“ fiel in 2011 rechnerisch auf den 23. Mai. Deutschlands Biokapazität liegt bei 1,7 globalen Hektar pro Kopf, der ökologische Fußabdruck allerdings bei 5 globalen Hektar pro Kopf. EU-weit war die Biokapazität am 26. Mai aufgebraucht. Dass der globale Overshoot nicht noch größer ist, resultiert aus dem geringen Beitrag der armen und ärmsten Länder. 2010 wurde der Overshoot Day auf den 21. August abgeschätzt. Die deutliche Verschiebung für 2011 ist allerdings kein Zeichen einer Verbesserung der globalen



Ressourcen-Situation sondern Ergebnis einer neuer methodischer Herangehensweisen zur Abschätzung der Biokapazität.

Quelle: GEB (04.10.2011)

Mehr Hitzewellen: Extreme sind Folge des Klimawandels

Statt auf natürliche kurzfristige Klimaschwankungen ist der Temperaturrekord in der Region um die russische Hauptstadt auf den langfristigen Trend der Klimaerwärmung zurückzuführen, und zwar mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 Prozent, wie Analysen von Wissenschaftlern des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ergaben. Sie entwickelten eine Formel zur Berechnung der Häufigkeit von Klimaextremen. Ihre Ergebnisse werden in der renommierten Fachzeitschrift Proceedings of the National Academy of Sciences veröffentlicht.

„In vielen Ländern sind in den letzten Jahren nie dagewesene Wetterextreme zu beobachten, zugleich steigt die weltweite Mitteltemperatur seit Jahrzehnten steil an“, sagt Hauptautor Stefan Rahmstorf. „Wir haben untersucht, wie das zusammenhängt.“ Die Forscher machen in Zahlen fassbar, wie viele zusätzliche Wetterrekorde durch die Klimaerwärmung verursacht werden. Auch ohne Klimaerwärmung kann es durch natürliche Schwankungen zu neuen Rekorden kommen, aber deutlich seltener. Zunächst wenden die Forscher ihre Analyse-methode auf Hitzerekorde an, zukünftig sollen auch andere Arten von Extremen untersucht werden. „Was die Temperaturen betrifft, so konnten wir zeigen, dass der Klimawandel unter dem Strich zu deutlich mehr Extremen führt“, so Rahmstorf. „Für die Menschen sind diese oft schädlich.“

Die Anzahl der Hitzerekorde wird umso größer, je steiler der klimatische Erwärmungstrend ist – starke Temperaturschwankungen von Jahr zu Jahr verringern dagegen die Zahl der Rekorde. Auf den ersten Blick wirkt dies widersprüchlich, denn für das Einzelereignis ist es natürlich die starke Schwankung, die den Rekord ausmacht. In der Summe aber führen heftige Schwankungen dazu, dass die einmal erreichten Spitzenwerte nicht so rasch wieder übertroffen werden. Aus dem Verhältnis von Erwärmungstrend zu Schwankungen lässt sich die erwartete Häufigkeit neuer Rekorde berechnen. Beobachtungsdaten stützen diese Berechnungen und werden durch die theoretische Erkenntnis erklärbar.

Extreme Kälte lässt die Menschen genauso leiden wie extreme Hitze. „Unsere Analyse zeigt aber leider, dass die Zunahme der Hitze-Extreme bei weitem nicht ausgeglichen wird durch



eine Abnahme der Kälte-Extreme“, so der Co-Autor Dim Coumou. Diese Abnahme ist nämlich gering. „Insgesamt ist die Häufigkeit von monatlichen Temperaturrekorden schon um ein Mehrfaches angestiegen.“

Die ungekürzte Pressemitteilung finden Sie [hier](#) auf der Website des PIKs.

Quelle: PIK (24.10.2011)

Kommunen sind Vorreiter im Klimaschutz

Am 11.10.2011 treffen sich die Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager aus inzwischen über 60 klimaaktiven Kommunen Deutschlands in Osnabrück. Osnabrück gehört zu den Vorreitern im kommunalen Klimaschutz. Sowohl die Stadt als auch der Landkreis Osnabrück wollen ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um bis zu 95 Prozent reduzieren und haben dazu einen Antrag im Rahmen des Förderschwerpunkts "Masterplan 100% Klimaschutz" bei Bundesumweltministerium gestellt.

Das Vernetzungstreffen der Klimaschutzmanager fällt zeitlich mit der Bewilligung des 2000. vom Bundesumweltministeriums geförderten Klimaschutzvorhabens seit dem Inkrafttreten der Richtlinie im Jahr 2008 zusammen: Dank der Förderung aus dem BMU wird der Landkreis Nienburg/Weser für drei Jahre einen Klimaschutzmanager einstellen.

Mit der Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in öffentlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen (kurz: Kommunalrichtlinie) der Nationalen Klimaschutzinitiative stellt das Bundesumweltministerium den Kommunen Mittel für die zusätzliche Einstellung einer Fachkraft innerhalb der Verwaltung für alle Belange rund um den Klimaschutz zur Verfügung. Voraussetzung für die Förderung eines Klimaschutzmanagers / einer Klimaschutzmanagerin ist die Verabschiedung eines Klimaschutzkonzepts, das klare Ziele für die Klimaschutzpolitik der Kommune vorgibt und Umsetzungsmaßnahmen für konkrete Treibhausgasreduktionen und Energieeffizienz beinhaltet. Aufgabe der Klimaschutzmanager ist es, Akteure für den Klimaschutz zu gewinnen, Dialogprozesse zu initiieren, Umsetzungserfolge zu überprüfen und zu kommunizieren sowie Defizite und Hemmnisse zu erkennen und auszuräumen.

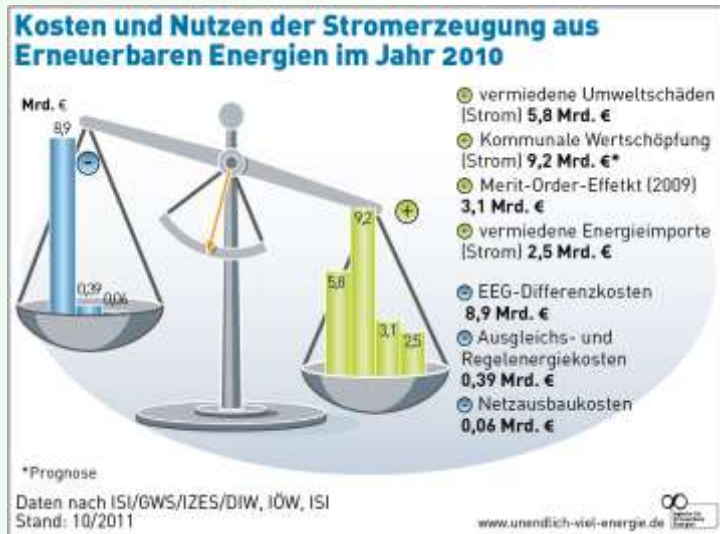
Das kommende Antragsfenster der Kommunalrichtlinie ist wieder ab dem 01.01 -31.03.2012 geöffnet. Die für diesen Zeitraum gültigen Förderbedingungen werden im Rahmen der novellierten Richtlinie voraussichtlich im November bekanntgeben.

Quelle: BMU (11.10.2011)



STATISTIKEN

Erneuerbare Energien sind gesamtwirtschaftlicher Gewinn



Quelle: AEE (10/2011)

etwa für Schäden an Klima, Umwelt und Gesundheit, einpreisen, so wäre die durchschnittliche Kilowattstunde aktuell mindestens 5,4 Cent teurer.

Strom aus Erneuerbaren Energien verursacht über seine Förderkosten hinaus keine nennenswerten Kosten für die Volkswirtschaft. Bezogen auf eine Kilowattstunde (kWh) im aktuellen deutschen Strommix, fällt der Beitrag für die so genannte EEG-Umlage mit derzeit rund 3,5 Cent deutlich geringer aus, als die volkswirtschaftlichen Folgekosten der konventionellen Stromerzeugung. Müssten die fossil-nuklearen Energieträger ihre externen Kosten,

Zudem senken Erneuerbare Energien nachweislich den Börsenstrompreis an der Leipziger Energiebörse (EEX), wovon insbesondere Stromversorger und energieintensive Industrie den größten Nutzen haben. Dank niedriger Grenzkosten verdrängen Wind- und Sonnenstrom den teuer erzeugten konventionellen Strom zunehmend vom Markt („Merit-Order-Effekt“). Dadurch sank 2009 der Strompreis am Spotmarkt der EEX um 0,6 Cent pro Kilowattstunde. Durch diesen Effekt bleibt der Strompreis auch am Terminmarkt für die kommenden Jahre – trotz steigender fossiler Brennstoffpreise und abgeschalteter Atomkraftwerke – auf stabilem Niveau.

Nach den Regelungen des EEG genießen Erneuerbare Energien Vorrang bei der Einspeisung ins Stromnetz. Dadurch verschiebt sich die Nachfragekurve: Erneuerbare Energien reduzieren die Nachfrage nach konventionellem Strom mit höheren Grenzkosten. Die Börsenstrompreise sinken oder bleiben trotz gestiegener Rohstoffpreise konstant.

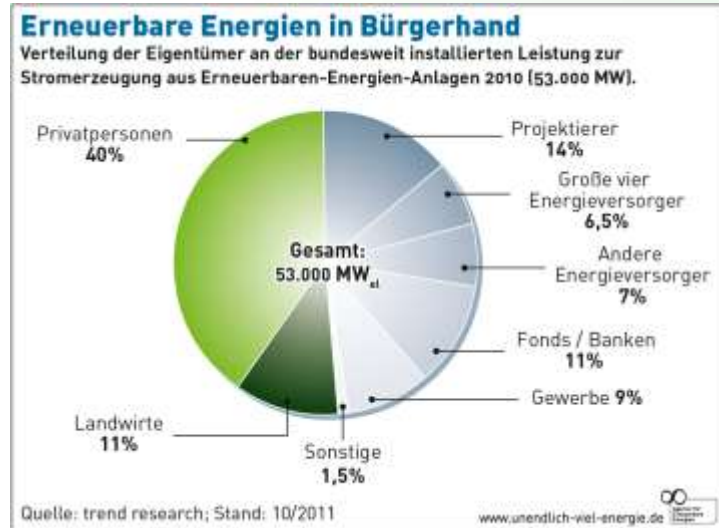
Weitere Informationen finden Sie [hier](#)

Quelle: AEE 18.10.2011



Energie in Bürgerhand: Privatleute treiben die Energiewende voran

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland sind Bürgerinnen und Bürger die mit Abstand wichtigste Gruppe unter den Investoren. Mehr als 50 Prozent der in Deutschland installierten Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Quellen befinden sich im Eigentum von Privatpersonen und Landwirten. Für die Energiewende ist das Engagement von Privatpersonen damit ein entscheidender Impuls.



Quelle: AEE (10/2011)

In den Sparten Photovoltaik und Windenergie an Land sind Privatpersonen traditionell die wichtigste Gruppe unter den Investoren. Zu diesem Ergebnis kommen das Marktforschungsinstitut trend:research und das Klaus Novy-Institut (KNi) in einer aktuellen, vom Bundesumweltministerium geförderten Studie. Daraus geht hervor, dass im Bereich Windenergie onshore mehr als jedes dritte installierte Megawatt (36,2 Prozent) im Jahr 2010 von Privatleuten investiert wurde. Ihr Anteil an der insgesamt installierten Leistung lag sogar bei mehr als 51 Prozent. Bei der Photovoltaik schnitt diese Investorengruppe ähnlich stark ab: Hier brachten es die Privatpersonen 2010 auf einen Anteil von mehr als 40 Prozent am Zubau. Die Landwirte steuerten darüber hinaus 21,8 Prozent bei. Fonds und Banken folgten weit abgeschlagen mit einem Anteil von rund 9 Prozent. Eine insgesamt untergeordnete Rolle für den Ausbau der Erneuerbaren Energien spielten bislang die großen Energieversorger.

Dass Erneuerbare-Energien-Anlagen gerade bei Privatleuten so gut ankommen, liegt nicht nur an der staatlich garantierten Einspeisevergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Wie die Autoren der Studie betonen, ist die Eigentümerstruktur etwa im Bereich Photovoltaik auch wegen weiterer Vorteile dezentral geprägt. Die Studie nennt in diesem Zusammenhang die gute Verfügbarkeit und Handhabbarkeit dieser Technologie für Privatleute sowie für kleinere Gewerbe- und Industriebetriebe.

Den starken Auftritt der Privatpersonen bei der Onshore-Windkraft erklären die Wissenschaftler mit vergleichsweise überschaubaren Investitionssummen bei der Kooperation in Bürgerwindparks. Auch mit relativ geringem finanziellen Einsatz ist hier eine Beteiligung möglich. Das gilt ebenso für die Gesellschaftsform der Genossenschaft, die für den Bau von



Erneuerbare-Energien-Anlagen an Attraktivität gewonnen hat. Allerdings ist der Anteil der Kooperativen laut der Studie bislang überschaubar und noch deutlich ausbaufähig.

Die vollständige Studie „Marktakteure – Erneuerbare-Energien-Anlagen“ finden Sie im Internet unter <http://www.kni.de>

Quelle: AEE (20.10.2011)

Umfrage: Mehrheit der Thüringer tolerieren Windkraftanlagen

Die Thüringer stehen dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung im Freistaat mehrheitlich positiv gegenüber - selbst vor der eigenen Haustür. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des Thüringer Wirtschaftsministeriums. So gaben zwei von drei befragten Personen an, den Bau von Windkraftanlagen in der näheren Umgebung zum Wohnort grundsätzlich tolerieren zu wollen. 28 Prozent der Befragten äußerten ihr Missfallen.

Besonders aufgeschlossen stehen dabei die jüngeren Thüringer den Windkraftanlagen gegenüber. Vier von fünf Männern und Frauen unter 35 Jahren hätten gegen einen Windpark in Wohnortnähe nichts einzuwenden. Skeptischer zeigten sich Vertreter der älteren Generation.

Denn nicht nur die Windkraft - die bei ihren Gegnern im Ruf steht, das Landschaftsbild zu verschandeln - genießt eine hohe Akzeptanz. Auch Biogasanlagen werden in Wohnortnähe insgesamt toleriert. Immerhin noch 54 Prozent der befragten Personen geben an, in Nachbarschaft einer solchen Anlage leben zu können. 39 Prozent lehnen dies ab.

Deutlich fallen erwartungsgemäß die Unterschiede zwischen Anhängern politischer Parteien aus. Mit 29 Prozent Ablehnung fällt die Akzeptanz solcher Anlagen bei Anhängern der Grünen deutlich höher aus als etwa in der christdemokratischen Wählerschaft. Unter Sozialdemokraten sprechen sich in der Umfrage 38 Prozent dagegen aus, neben Biogasanlagen wohnen zu wollen.

Unproblematisch ist laut Umfrage der Umgang mit Pumpspeicher-Wasserkraftwerken oder der Fotovoltaik in der unmittelbaren Nachbarschaft. Gegen großflächige Solarparks auf Brachflächen in Ortsnähe sprechen sich 18 von 100 Thüringern aus. 78 Prozent der Befragten können mit dem Blick aus dem Wohnzimmerfenstern auf Fotovoltaik-Module am Ortsrand offenkundig ganz gut leben.

Den ungekürzten Artikel können Sie [hier](#) nachlesen.

Quelle: TA (30.09.2011)



IMPRESSUM

Herausgeber

BIOenergieBERatung THüringen (BIOBETH)
Naumburger Str. 98
07743 Jena

Tel.: 03641 – 683 459
E-Mail: info@biobeth.de
Web: www.biobeth.de

Redaktionsschluss: 28.10.2011

